

Motion Nr. 218 2000/2004

Eingang Stadtkanzlei: 12. Juli 2002

Finanzierung neuer Infrastrukturen für den öffentlichen Verkehr

Über die politischen Grenzen hinweg ist man sich einig, dass die Verkehrsprobleme in und um Luzern neue Infrastrukturen nötig machen. Ebenfalls einig ist man sich über das Ziel, nämlich einer Verkehrsentlastung der Innenstadt bei gleichzeitiger Beschleunigung der Busse. Zudem befürworten alle Kreise den Bau einer S-Bahn als wichtigen Lösungsbeitrag. Strittig dagegen ist, ob auch Strassenbauten zur Problemlösung beitragen können. Dass Strassenbauten zusätzlichen Verkehr induzieren, ist allerdings eine Binsenwahrheit. Zusätzlich weist auch die umfassende Sozialdata-Untersuchung deutlich darauf hin, dass die Besucherzahl Luzerns nicht bei einem maximalen, sondern einem optimalen Autoanteil am grössten ist. Ist der Autoverkehr – wie bereits heute der Fall – zu stark angestiegen, wird die Stadt von jenen Besuchergruppen gemieden, welche sonst mit dem öffentlichen Verkehr, dem Velo oder zu Fuss kommen würden. Dagegen verspricht die konsequente Förderung des Umweltverbundes (öV, Velo, zu Fuss), den Besucherstrom und damit die wirtschaftliche Entwicklung von Luzern nachhaltig, also auch sozial und ökologisch verträglich zu steigern.

In dieser Situation erstaunt es doch sehr, dass die Forderungen nach neuen Strassen in und um Luzern derart laut vorgetragen und seitens der kantonalen wie städtischen Behörden derart bereitwillig in ihre Konzepte aufgenommen werden. Noch mehr erstaunt, dass demgegenüber die Realisierung der für Luzern und die gesamte Region dermassen wichtigen S-Bahn Zentralschweiz bis zum Jahr 2016 nicht über den Bau einiger weniger Haltestellen an teils erst noch unbedeutenden Lagen hinauskommen soll.

Die wichtigen Elemente einer S-Bahn – ¼-h-Takt im Agglomerationsgebiet, Durchmesserlinien, Erschliessung neuer Gebiete, v. a. der Anschluss von Kriens – werden dagegen auf die lange Bank geschoben. Nach erklärter Absicht des kantonalen Baudepartements soll dies erst nach 2016 Realität werden und darf den Kanton zudem kaum was kosten.

Die Erfahrungen aus Genf, Zug und Zürich machen deutlich, dass die Finanzierung und damit Realisierung neuer Bahninfrastrukturen nur gelingt, wenn auch vor Ort die Bereitschaft zur Mitfinanzierung gegeben ist. Die benötigten Mittel liegen in der Grössenordnung von gut 1 Mia. Franken. Nur wenn Stadt und Kanton mithelfen, kann die politische Situation deblo-

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Telefax: 041 208 88 77
E-Mail: SK.GRSTR@StadtLuzern.ch

ckiert und auch von SBB und Bund Hilfe erwartet werden. Dies ist die Voraussetzung, dass die vom Stadtrat zu Recht geforderte schnellere Gangart beim Bau der S-Bahn Realität werden kann.

An der Budget-Medienorientierung vom 10. Juli 2002 kündigte der Stadtrat einen ersten Schritt zur Äufnung eines Fonds zur Finanzierung neuer Infrastrukturen für den öffentlichen Verkehr an. Konkret sollen 2003 5 Mio. Franken für diesen Zweck reserviert werden. Angesichts der diesbezüglichen Passivität des zur Hauptsache zuständigen Kantons kann dem Stadtrat für seinen mutigen Schritt gar nicht genügend gedankt werden.

Vorderhand ist noch unklar, in welchem Ausmass die Stadt zur Realisierung der S-Bahn beitragen soll und wie diese im Rahmen der Gesamtplanung finanziert werden kann. Die im Jahr 2003 dafür vorgesehenen Mittel sind sicher ein Anfang, werden aber in den Folgejahren wohl noch deutlich gesteigert werden müssen.

Der Stadtrat wird beauftragt, einen Fonds für Infrastrukturen des öffentlichen Verkehrs zu schaffen, seine nötige Grösse festzulegen und seine ausreichende Äufnung sicherzustellen.

Peter Muheim
namens der GB-Fraktion